

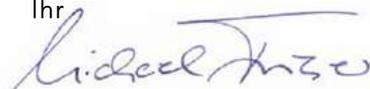
BRIEF AUS BERLIN

Liebe Leserinnen & Leser,

vor über fünf Wochen hat der Deutsche Bundestag auf Druck der Unionsfraktion die Bundesregierung zur Unterstützung der Ukraine, zur Lieferung auch schwerer Waffen für die Verteidigung gegen den russischen Angriffskrieg aufgerufen. Der Beschluss erfolgte mit großer Mehrheit, mit unseren Stimmen als Union sowie denen der Ampelfraktionen. Die Bundesregierung hat diesen eindeutigen Auftrag des Parlaments bisher ignoriert. Stattdessen hören wir von den Koalitionären widersprüchliche Aussagen zu vermeintlichen Absprachen innerhalb der NATO - von denen außerhalb der Bundesregierung offenbar noch niemand gehört hat. Selbst den Kritikern in der eigenen Koalition ist klar: Das Problem sitzt im Kanzleramt. Bundeskanzler Scholz bremst effektive Waffenlieferungen weiter aus. Er missachtet den klaren Willen des Parlaments. Das Ansehen Deutschlands bei unseren Verbündeten ist auf einem Tiefpunkt. Statt endlich zu liefern, macht der Kanzler weitere vage Ankündigungen. Wir müssen und werden den politischen Druck weiter erhöhen, damit dem Beschluss des Bundestags endlich Taten folgen und die Ukraine in dieser kritischen Phase des Krieges Unterstützung erhält.

Eine Übersicht zu den weiteren Themen der zurückliegenden Sitzungswoche finden Sie wie immer rechts. Ich freue mich auf Ihr Feedback und wünsche Ihnen ein schönes Wochenende!

Herzliche Grüße

Ihr

 Michael Frieser

Michael Frieser
CSU Für Nürnberg & Schwabach

Platz der Republik 1 - 11011 Berlin - michael.frieser@bundestag.de - 030 227 71931



DIE THEMEN DER WOCHE





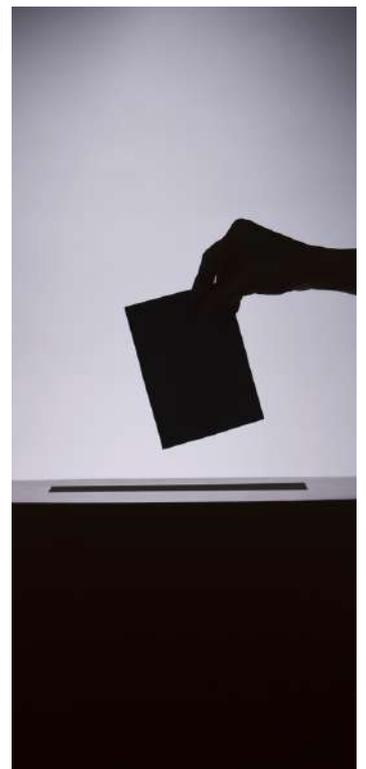
Haushalt 2022: Die Schuldenkoalition

Insgesamt 300 Mrd. Euro neue Schulden. Die Ampel-Koalition kommt Deutschland teuer zu stehen, das hat sich in dieser Haushaltswoche des Bundestages gezeigt. Die Koalition vollbringt dabei das Kunststück trotz der gigantischen Ausgaben keine Antworten auf die Herausforderungen der Gegenwart zu geben. Wenn keine klaren Schwerpunkte gesetzt werden, verpufft auch der obszöne Umfang von fast 500 Mrd. Euro an Gesamtausgaben. Die Bundesregierung setzt

auf Schulden, Schulden, Schulden. Für den fragilen, stetig bröckelnden Koalitionsfrieden wird Geld mit der Gießkanne verteilt. Die angekündigte Zeitenwende, die eine echte Prioritätensetzung erfordert hätte, fällt somit aus. Auch liefert der Bundeshaushalt keine Antworten auf die hohe Inflation, unter der viele Menschen ganz konkret leiden. Die hohe Neuverschuldung belastet über unnötig hohe Tilgungen und Zinsen zukünftige Generationen. Statt eine zielgerichtete Personalbremse durchzusetzen, werden die Ministerien immer weiter aufgebläht. Statt einer ehrlichen Neubewertung des Koalitionsvertrages hat sich die Regierung für ein buntes Wunsch-dir-was entschieden. All dies führt zu fehlenden Weichenstellungen durch die Ampel und im Ergebnis zu einem Haushalt der vertanen Chancen. Nach unserer Auffassung wäre eine Senkung der Neuverschuldung im Umfang von 88 Mrd. Euro möglich – trotz des von uns geforderten Entlastungspaketes mit einem Volumen von 40 Mrd. Euro. Das hierfür erforderliche Auflösen einer aus den Haushaltsüberschüssen der Jahre 2015–2019 gespeisten Rücklage (48,2 Mrd. Euro) und ein Rückabwickeln des aus unserer Sicht verfassungswidrigen 2. Nachtragshaushaltes 2021 (60 Mrd. Euro) ist geboten. Christian Lindner, der sich mit seiner Partei gerne als vernünftiges, haushalterisches Korrektiv der links-gelben Koalition inszeniert, wird zum Schuldenminister einer Bundesregierung, die Generationen an Steuerzahlern belastet.

Wahlrecht: Ampel will reine Parteienwahl

Die Ampel hat vor zwei Wochen einen Reformvorschlag zur Wahlrechtsreform präsentiert. Dies tat sie zwei Tage bevor die parlamentarische Kommission im Bundestag dazu tagte über die Presse, da ihnen wohl bewusst war, dass sie bei den Experten der Kommission nicht punkten würden. Aber es zeigt sich, dass sich auch die Öffentlichkeit nicht über den Tisch ziehen lässt. Die mediale Bewertung des Vorschlages ist größtenteils verheerend. Der Drei-Stimmen-Vorschlag für Parteien-, Personen- und Ersatzstimme bedeutet im Ergebnis, dass nur noch der Direktkandidat, der auch vom (Listen-) Zweitstimmen-Ergebnis seiner Partei im Bundesland gedeckt ist in den Bundestag einzieht. Damit kein Wahlkreis verwaist soll der Wähler prophylaktisch einen weiteren Kandidaten einer anderen Partei als Ersatz wählen. Es gibt Wege ein Anwachsen des Bundestages zu verhindern. Die Union hat allein in der letzten Wahlperiode fünf präsentiert. Die Ampel bevorzugt aber eine absichtliche Entwertung des direkten Elementes in den Wahlkreisen und eine Entwicklung hin zum reinen Verhältniswahlrecht der Parteilisten. Denn es geht ihnen um Ideologie und nicht um Demokratie. Sie wollen die Politik aus ihren Raumschiffen in Berlin lenken. Keimzelle unserer Demokratie sind aber die Wahlkreise, in denen der Kandidat obsiegt, der von einer Basiskonferenz legitimiert und von der Mehrheit der Wähler vor Ort gewählt wird und sich in Berlin um ihre Belange kümmert, statt nur Parteipolitik zu machen.





Kinderschutz vor Datenschutz!

In der Debatte zum Haushalt des Bundesinnenministeriums wurde die Speicherung von IP-Adressen zur wirksameren Bekämpfung von Kindesmissbrauch abgelehnt. Die Praktiker in den Ermittlungsbehörden fordern verzweifelt die Vorratsdatenspeicherung, um Täter ermitteln und Opfer retten zu können! Der EuGH hat bereits entschieden, dass die befristete Speicherung von IP-Adressen zulässig ist. Die ideologische Ablehnung dieses effektiven Mittels darf nicht weiter Täter schützen. Fälle wie in Wermelskirchen haben mich zutiefst erschüttert. Wir müssen endlich den Kinderschutz über den Datenschutz stellen und dürfen den Kinderschändern keine Rückzugsorte mehr lassen. Hier muss Innenministerin Faeser handeln!

Staatlich verordnete Lohnerhöhung schwächt Tarifautonomie

Am heutigen Freitag hat die Ampel per Gesetz beschlossen, den Mindestlohn ab 1. Oktober 2022 auf 12 Euro anzuheben. In der Debatte richteten sich unsere Einwände nicht gegen diese angemessene Höhe des Mindestlohns. Der von der Bundesregierung geplante Weg, die politische Festlegung der Höhe des Mindestlohns ohne Einbindung der mit dem Mindestlohngesetz von 2014 geschaffenen Mindestlohnkommission – in der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und die Wissenschaft vertreten sind –

ist dagegen falsch. Denn die Lohnfindung liegt in unserer sozialen Marktwirtschaft in den Händen der Sozialpartner und nicht beim Staat. Die Mindestlohnkommission ist eine gut begründete Ausnahme. Mit dem Gesetz werden die Kommission und die Sozialpartner entmachtet. Das Lohngefüge in einer Vielzahl von Tarifverträgen muss neu justiert werden. Damit schwächt die Ampelkoalition – entgegen ihrer eigenen Verabredung im Koalitionsvertrag – die Sozialpartnerschaft und die Tarifautonomie in Deutschland.



Sondervermögen Bundeswehr: Union setzt sich durch



Am vergangenen Wochenende hat die Union einen wichtigen Verhandlungserfolg erzielt: Das geplante Sondervermögen in Höhe von 100 Mrd. Euro kommt ausschließlich der Bundeswehr zugute. Nachdem das Sondervermögen in Anspruch genommen wurde, werden weiter die erforderlichen Mittel zur Erreichung der dann gültigen NATO-Fähigkeitsziele bereitgestellt. So schaffen wir die Voraussetzungen für eine nachhaltige Stärkung und bessere Ausstattung der Bundeswehr. Die Realisierung des Sondervermögens wird von einem beratenden Gremium des Haushaltsausschusses konstruktiv-kritisch begleitet. Noch vor der parlamentarischen Sommerpause wird eine Initiative zur Beschleunigung der Beschaffung auf den Weg gebracht werden. Auch eine Tilgung innerhalb eines angemessenen Zeitraums wurde vereinbart. Damit haben wir alle zentralen Kernforderungen gegen Widerstand aus Teilen der Ampelparteien durchgesetzt. Die Hängepartie seit der Ankündigung des Sondervermögens am 27. Februar ist somit endlich beendet.